



# Briefing Notes

Gruppe 62 – Informationszentrum Asyl und Migration

27. Juni 2022

## Ägypten

### **Frau wird erstochen, weil sie Heiratsanträge abgelehnt hat**

Am 23.06.22 hat ein Mann eine junge Frau vor der Mansoura-Universität erstochen, weil sie seine Heiratsanträge abgelehnt und ihn mehrfach abgewiesen hatte. Die 21-jährige Frau wollte studieren und nicht heiraten.

Derartige Vorkommnisse sind laut der ägyptischen Frauenrechtsexpertin Lobna Darwish keine Einzelfälle. Gesetze bezüglich sexueller Belästigung gäbe es zwar, doch deren Umsetzung durch die Polizei und Gesellschaft sei verbesserungswürdig, so Darwish.

## Afghanistan

### **Sicherheitslage: Kämpfe zwischen Hazara-Widerstand und den Taliban**

Der bisher einzige Taliban-Kommandeur aus der Ethnie der Hazara, Maulawi Mehdi, hat sich laut Meldungen von den Taliban losgesagt und ist in seinen Heimatdistrikt Balkhab in der Provinz Sar-e Pul zurückgekehrt (dort war er vor der Machtübernahme seit 2018 Schattengouverneur der Taliban gewesen). Er hat sich laut lokalen Beobachtern mit ca. 500 – 1.000 Soldaten in Balkhab verschanzt und wird von ca. 3.000 Taliban belagert. Am 23.06.22 haben die Kämpfe zugenommen, bisher gibt es kaum Meldungen über Opfer. Mehdi war nach der Machtübernahme zunächst Chef des Taliban-Geheimdienstes für die mehrheitlich von Hazaras bewohnte Provinz Bamyán gewesen, hatte sich dort aber geweigert, Maßnahmen der Taliban gegen die Hazaras durchzusetzen und wurde deswegen erst nach Kabul beordert um dann auszuscheiden. Da die Taliban nicht noch mehr paschtunische Kämpfer bei der Bekämpfung von Aufständen verlieren wollen, versuchen sie derzeit erstmalig Kämpfer des Islamischen Staats der Provinz Khorasan (ISKP) gegen Mehdi und seine Kämpfer zu mobilisieren. Der Distrikt Balkhab hat große Kupfer- und Kohlevorkommen, die nach Pakistan exportiert werden. Bisher floss der Erlös in die Hände Mehdis, aber die Taliban wollen aufgrund der Wirtschaftskrise dieses Geld selbst einnehmen.

### **Regierungsführung**

Am 16.06.22 wurde berichtet, dass die Taliban in der Provinz Herat Frauen verbieten ihre Ehemänner vor Gericht zu verklagen, wenn sie z.B. Opfer häuslicher Gewalt geworden sind. Die Taliban sollen laut Meldungen vom 23.06.22 in der Provinz Faryab nicht-paschtunische Angestellte in Führungspositionen durch Paschtunen ersetzen. Die Taliban haben eine Anweisung erlassen, dass an Privatuniversitäten landesweit das Fach Persische Literatur durch andere Fächer ersetzt werden soll. Zuvor sind schon an Universitäten und generell auf Schildern im ganzen Land persische Schriftzeichen entfernt worden.

In der Stadt Kandahar haben die Taliban Banner aufgehängt, auf denen Frauen, die keine Verschleierung tragen, mit Tieren gleichgesetzt werden.

### **Verfolgungslage: Frauen**

In der Provinz Takhar wurden am 17.06.22 ca. 30 Studentinnen von den Taliban inhaftiert, weil sie in einer Unterrichtspause ohne männliche Begleitung ihr Wohnheim verlassen und in einen Park gegangen waren. Wenige Tage später drangen Taliban in das Wohnheim dieser Studentinnen ein, um Studentinnen nach eigenen Aussagen zu disziplinieren. Vor ein paar Wochen hatten die Taliban eine Veranstaltung in der Universität ausgerichtet, die den Frauen das Tragen einer Verschleierung nahelegen sollte. Dabei hatten sich einige Studentinnen dessen verwehrt und wurden danach von den Taliban verhaftet.

### **Humanitäre Lage**

Eines der tödlichsten Erdbeben in der Geschichte Afghanistans hat am 22.06.22 die Provinzen Khost und Paktika im Osten des Landes heimgesucht. Dabei sind ca. 1.000 Menschen getötet worden und ca. 1.500 Personen wurden verletzt. Die Taliban haben umgerechnet ca. eine Mio. USD als Hilfe für die Opfer zur Verfügung gestellt und die internationale Gemeinschaft ebenfalls aufgefordert zu helfen. Hilfslieferungen für die Opfer aus Iran, Katar und Japan sind eingetroffen. Die UN stellen 10 Mio. USD und China umgerechnet 7,5 Mio. USD an Hilfen zur Verfügung.

## **Benin**

### **Tote bei Angriff**

Bei einem Angriff Unbekannter auf die Polizeistation von Dassari (Departement Atacora an der Grenze zu Burkina Faso) wurden am 26.06.22 zwei Angehörige der Polizei sowie zwei der Angreifer getötet.

## **Burkina Faso**

### **Einrichtung militärischer Sperrgebiete und der BVDP**

Der Oberste Rat der Landesverteidigung beschloss am 20.06.22 die Einrichtung zweier „Zonen von militärischem Interesse“. Das Militär plant in diesen Gebieten Operationen gegen Extremisten. Der Aufenthalt in diesen Zonen ist künftig verboten. Der dort lebenden Bevölkerung wird eine 14-tägige Frist eingeräumt, sich in andere Gebiete zu begeben. Eine Zone erstreckt sich in der Region Est über 37.758 km<sup>2</sup> und umfasst die Naturreserve von Arly, Koutiagou, Madjoari, Pama, Singou und den Nationalpark W. Die zweite, 12.205 km<sup>2</sup> große Zone umfasst einen Teil der Provinz Soum (Region Sahel) und reicht bis an die Grenze zu Mali. Die Zonen gelten als Rückzugsgebiete dschihadistischer Gruppen.

Weiter beschloss der Oberste Rat der Landesverteidigung die Einrichtung einer Brigade zur Überwachung und Verteidigung des Vaterlandes (Brigade de veille et de défense patriotique – BVDP), in der alle Bürgerwehren der Freiwilligen zur Verteidigung des Vaterlandes (Volontaires pour la défense de la patrie – VDP) zusammengefasst werden sollen.

## **China**

### **Hongkong: Verhaftungen wegen Social-Media-Beiträgen**

Am 22.06.22 verhaftete die Polizei in Hongkong zwei Männer, die auf verschiedenen Social-Media-Plattformen Beiträge geteilt haben, in denen die Regierungen Hongkongs und Festlandchinas kritisiert werden. Beide Männer wurden wegen aufrührerischer Handlungen angeklagt und befinden sich in Untersuchungshaft. Eine Freilassung gegen Kautions lehnte ein Gericht am 24.06.22 ab. Den Angeklagten droht eine Höchststrafe von zwei Jahren Haft.

## **Côte d'Ivoire**

### **Ende des Flüchtlingsstatus für ivorische Staatsangehörige in Westafrika**

Bei einer Zeremonie anlässlich des Weltflüchtlingstags am 20.06.22 erklärte UNHCR-Chef Filippo Grandi die formelle Aufhebung des Flüchtlingsstatus für noch in den Ländern der Region verbliebene ivorische Staatsangehörige zum 30.06.22 (vgl. BN v. 06.09.21 u. 18.10.21). Gastgeber der Zeremonie war Staatspräsident

Alassane Ouattara, anwesend war auch der erst kürzlich ernannte Vizepräsident Tiémoko Meyliet Koné; das Amt war lange Zeit unbesetzt geblieben. UNHCR berichtete, dass von den rund 325.000 in den Krisen der Jahre 2002-2007 und 2011/2012 in die Länder der Region Geflüchteten über 310.000 nach Côte d'Ivoire zurückgekehrt seien, allein 14.000 im Jahr 2022, die meisten davon aus Liberia.

## **DR Kongo**

### **Lage der ruandischen, ruandophonen und/oder tutsistämmigen Personen und Banyamulenge**

Mehrere Medien berichten über weitere ethnisch motivierte, vollendete oder versuchte Tötungs- und Gewalttaten gegen ruandische, ruandophone und tutsistämmige Personen sowie Angehörige der Banyamulenge-Tutsi oder nur wegen ihrer Physiognomie oder Sprache als solche verdächtigten Personen (vgl. BN v. 20.06.22). Berichte liegen vor allem aus den Konfliktprovinzen Nord-Kivu, Maniema, Ituri, aber auch der Hauptstadt Kinshasa vor. Unter diesen Bevölkerungsgruppen oder solchen kongolesischen Gemeinschaften, die einer Nähe zu Ruanda verdächtig werden, herrscht Medienberichten zufolge ein Klima der Angst. Einwohnerinnen und Einwohner würden sich in ihrer Bewegungsfreiheit einschränken, aus Angst, mit Ruanderinnen und Ruandern gleichgesetzt zu werden. Videos in sozialen Medien zeigen laut einer ruandischen Nachrichtenseite, wie Personen in ostkongolesischen Städten nur wegen ihrer Tutsi-Morphologie angegriffen werden. Dies wecke Erinnerungen an den Völkermord an den Tutsi im Jahr 1994 in Ruanda. Ein als Ruander verdächtigter Mann habe einen Angriff nur durch Vorzeigen seines Ausweises überlebt. Ein Banyamulenge sei bereits Verbalangriffen wegen seiner ethnischen Zugehörigkeit und seines Aussehens ausgesetzt gewesen und war deshalb untergetaucht. Die Lage sei ernst und die Behörden würden nicht einschreiten. Es gibt weitere Berichte, wonach sich Banyamulenge in der Provinz Maniema aufgrund der weiterhin angespannten Lage zum Untertauchen bewegt sehen. Die Zivilgesellschaft von Maniema forderte die Banyamulenge konkret dazu auf, sich zu verstecken. Am Rande einer Solidaritätsdemonstration der Präsidentenpartei Union pour la Démocratie et le Progrès Social (UDPS) für die kongolesische Armee im Kampf gegen die Tutsi-dominierte Rebellengruppe Mouvement 23 (M23) sei ein Banyamulenge, lediglich aufgrund seiner physiognomischen Ähnlichkeiten mit einem Ruander von einer Menschenmenge brutal getötet und verbrannt worden. Weitere Berichte über (Gruppen-)angriffe auf Banyamulenge in Teilen von Maniema einschließlich der Provinzhauptstadt liegen vor. Diese Bevölkerungsgruppe sei auch von Entführungen, Inbrandsetzungen von Häusern und Plünderungen betroffen.

Es kursieren Videos über bewaffnete Jugendliche, die auf der Suche nach ruandophonen Personen durch die Straßen der Hauptstadt Kinshasa ziehen und sich die als Sonderbrigade der UDPS bezeichneten. Am 21.06.22 informierte der Gouverneur von Kinshasa, Gentiny Ngobila, über Festnahmen und ergriffene Maßnahmen zum Schutze von Leib, Leben und Eigentum der in der Hauptstadt ansässigen Tutsi-Bevölkerung. Laut Medienbericht muss sich der Vize-Premierminister, Minister für Inneres und Sicherheit, Daniel Aselo Okito, im Zusammenhang mit der UDPS-Sonderbrigade, deren Suchpatrouillen unter den Augen der Sicherheitsbehörden erfolgt sein sollen, erklären. Erst am 19.06.22 kritisierte der Minister die kongolesische Tutsi- und Banyamulenge-Gemeinschaft für ihre nicht sichtbare Unterstützung und forderte diese dazu auf, sich hinter die DR Kongo im Kampf gegen die M23 und der sie unterstützenden ruandischen Regierung zu stellen. Polizeiangaben zufolge kam es auch am 23.06.22 zur Festnahme von Personen in Kinshasa, die Ruandophone in Kinshasa angreifen wollten, die der Unterstützung der M23 verdächtig wurden. Unter ihnen sei ein Massenmobilisator der UDPS, der Adressen und Namen von ruandischen Zielpersonen in einem Video preisgegeben und zur Vertreibung dieser aufgerufen habe. Die UDPS hat sich laut Medienbericht von Aufrufen zum Hass distanziert und verurteilte die Stigmatisierung von Stämmen. Die stellvertretende Ministerin beim Präsidenten, Nana Manuanina, bekräftigte die Verpflichtung der Regierung, jede Person zu verfolgen, die Hass gegen andere schürt und der Minister für Kommunikation und Medien, Patrick Muyaya, kündigte Strafverfolgungsmaßnahmen gegen Personen an, die Tutsi angreifen.

### **Zahl der Binnenvertriebenen steigt weiter an**

UN-Angaben zufolge ist die Zahl der Binnenvertriebenen seit Jahresbeginn 2022 erneut um rd. 700.000 Personen auf aktuell geschätzt 6,2 Mio. Menschen angestiegen. Laut Bruno Lemarquis, stellvertretender Sonderbeauftragter des UN-Generalsekretärs und residierender Koordinator in der DR Kongo, sind Vertriebenenstandorte, von denen mehrere in den Provinzen Nord-, Süd-Kivu und Ituri seit Anfang 2022 von bewaffneten nichtstaatlichen Gruppen angegriffen wurden, keine sicheren Zufluchtsorte für gefährdete Menschen in der Region mehr. Angriffe auf

öffentliche und nichtstaatliche humanitäre Institutionen erschweren oder verhindern den Zugang zu Gesundheitsversorgung, Bildung und humanitärer Hilfe oder die Verteilung humanitärer Hilfsgüter. Nach einhelliger Auskunftslage wird die Lage der Binnenvertriebenen, die häufig von Mehrfachvertriebung betroffen sind, als sehr problematisch beschrieben. Die DR Kongo, die nicht nur an der weltweit größten Ernährungs- und Hungerkrise leidet, weist weiterhin die höchste Zahl an Binnenvertriebenen auf dem afrikanischen Kontinent auf.

## **Ecuador**

### **Gewaltsame Proteste gegen Sozial- und Wirtschaftspolitik**

Seit 13.06.22 kommt es in Ecuador zu immer häufiger auch gewaltsamen Protesten unter Führung des indigenen Dachverbands CONAIE gegen die Sozial- und Wirtschaftspolitik, ursächlich sind insbesondere Armut, Arbeitslosigkeit und hohe Treibstoffpreise. Die großteils indigenen Demonstrierenden fordern u.a. eine Stundung von Kreditrückzahlungen für Kleinbauern, mehr Budget für die öffentliche Gesundheitsversorgung und Bildung sowie eine Lösung für die hohen Treibstoffpreise. Bei Zusammenstößen mit Sicherheitskräften sind laut Angaben der Allianz der Menschenrechtsorganisationen bis 22.06.22 mindestens 90 Zivilpersonen verletzt, fast ebenso viele festgenommen worden. Daneben seien etwa 100 Sicherheitskräfte laut Behördenangaben verletzt worden. Keine dieser Zahlen ist unabhängig überprüfbar. Außerdem sind laut Medienberichten sechs Personen während der Proteste gestorben. Am 17.06.22 hat Staatspräsident Guillermo Lasso den Ausnahmezustand für die drei Provinzen Imbabura, Cotopaxi, and Pichincha für 30 Tage verhängt, in denen es zu besonders vielen gewaltsamen Ausschreitungen kam, und weitete diesen auf insgesamt sechs Provinzen (Pichincha, Imbabura, Cotopaxi, Chimborazo, Tungurahua und Pastaza) aus. Nach ersten offiziellen Gesprächen zwischen Regierungsvertretern und CONAIE, bei denen sich auf die Bildung einer Kommission geeinigt wurde, die den Dialog zur Beendigung der Proteste erleichtern soll, wurde der Ausnahmezustand am 25.06.22 wieder aufgehoben.

## **El Salvador**

### **Ausnahmezustand erneut verlängert**

Am 21.06.22 wurde der seit Ende März verhängte Ausnahmezustand um weitere 30 Tage verlängert (vgl. BN v. 13.06.22, 02.05.22, 04.04.22 und 28.03.22). Erneut stimmten 67 Mitglieder des 84 Sitze umfassenden Parlaments für die Verlängerung der Notstandsbefugnisse. Laut Polizeiangaben sind bisher mehr als 41.300 mutmaßliche Bandenmitglieder festgenommen worden, darunter 1.190 Minderjährige. Laut Amnesty International verstarben seit dem 27.03.22 mehr als 40 Personen in Polizeigewahrsam. Menschenrechtsorganisationen beklagen zudem zahlreiche Menschenrechtsverletzungen, darunter willkürliche Verhaftungen, Folter, Überbelegung und hygienische Missstände sowie mangelnde Ernährung und unzureichende medizinische Versorgung in den Haftanstalten.

## **Gambia**

### **Lage der Ahmadiyya-Minderheitsreligion**

Laut Sheriff Abba Sanyang, Minister für Land, Lokalverwaltung und religiöse Angelegenheiten, stehen Angehörigen der muslimischen Minderheit der Ahmadiyya die gleichen Rechte zu wie anderen Bürgerinnen und Bürgern. Der stellvertretende Sprecher der Nationalversammlung würdigte die starken Beiträge der Ahmadiyya-Glaubensgemeinschaft zum sozioökonomischen Fortschritt Gambias. Die Aussagen wurden zu einer Zeit getroffen, nachdem übereinstimmenden Medienberichten zufolge einflussreiche islamische Religionsführer anlässlich eines „Anti-Ahmadiyya“-Gipfels im Juni 2022 die Ahmadiyya als Nichtmuslime und Angehörige einer häretischen Glaubenslehre bezeichnet hatten. Ihnen sei das Recht auf Aufenthalt in Gambia abgesprochen worden. Die Ahmadiyya-Glaubensgemeinschaft und ein führender gambischer Menschenrechtsaktivist forderten die Regierung jeweils auf, die verantwortlichen Imame einschließlich ihrer radikalen Anhängerschaft wegen Aufruf zu Gewalt, Hetze und Unruhe strafrechtlich zu verfolgen. Während staatliche oder staatlich geduldete Repressalien gegen Ahmadiyya-Muslime seit Regierungswechsel nicht bekanntgeworden sind, wird seit Jahren über Spannungen zwischen der sunnitischen Mehrheitsglaubensgemeinschaft und der Ahmadiyya-Minderheit berichtet. Laut

Medienbericht verpflichtete sich die Regierung in ihrem Weißbuch vom 25.05.22 (vgl. BN v. 30.05.22) u.a. dazu, den einflussreichen und quasi-staatlichen Obersten Islamische Rat (GSIC) zu reformieren sowie Strafverfolgungsmaßnahmen gegen Personen einschließlich des Altpräsidenten Yahya Jammeh einzuleiten, denen schwere Menschenrechtsverletzungen gegen Angehörige der Ahmadiyya, der muslimischen Ndigal-Sekte und des schiitischen Islams angelastet werden. Im Jahr 2015 erklärte der GSIC die Ahmadiyya öffentlich zu Nicht-Muslimen und schränkte diese mit Ausspruch einer Fatwa in ihrer religiös-islamischen Teilhabe und Rechtsausübung ein.

## **Georgien**

### **Demonstrationen für EU-Beitritt und den Rücktritt von Premierminister Gharibaschwili**

Nachdem die EU der Ukraine und Moldau formell den Status von Beitrittskandidaten verliehen hat, demonstrierten am 20.06. und 24.06.22 jeweils zehntausende Menschen in der Hauptstadt Tiflis für den EU-Beitritt ihres Landes. Sie forderten dafür den Rücktritt von Premierminister Irakli Gharibaschwili, der die für den Beitritt erforderlichen Reformen nicht konsequent genug umgesetzt habe, und die Einsetzung einer neuen Regierung, welche die Reformempfehlungen der EU zügig umsetzen soll.

## **Guinea-Bissau**

### **Offizieller Einsatzbeginn der ECOWAS-Stabilisierungsmission**

Nachdem die entsandten Einheiten aus anderen Mitgliedstaaten der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft (ECOWAS/CEDEAO) in den vergangenen Wochen eingetroffen waren (vgl. BN v. 16.05.22), begann am 20.06.22 die „Stabilisation Support Mission in Guinea-Bissau (MASGB)“ (so die Bezeichnung im Communiqué des ECOWAS-Gipfels vom 04.06.22) offiziell ihren Einsatz mit einer Zeremonie. Medienberichten zufolge, die ECOWAS-Vertreter zitieren, beträgt die Dauer der Mission zunächst ein Jahr, wobei das Mandat erneuert werden kann. Ihre Aufgaben seien dieselben wie die erst im September 2020 beendete ECOMIB genannte Mission (vgl. BN v. 07.02.22). Auf der Webseite der ECOWAS findet sich offenbar keine Darstellung der aktuellen Mission oder ihres Mandats. Die Nachrichtenseite Business Review Afrika gibt an, den Wortlaut eines Berichts der Regierung an das ECOWAS-Parlament wiederzugeben. Laut diesem bestehe das Mandat u.a. in der Unterstützung der einheimischen Sicherheitskräfte beim Schutz des Präsidenten, Offizieller sowie Bürgerinnen und Bürgern; der zivile Teil solle den einheimischen Behörden bei der Wiederherstellung von Vertrauen und nachhaltigem Frieden sowie bei der Konsolidierung der staatlichen Autorität unterstützen. Von den 631 MASGB-Mitgliedern seien 140 Polizistinnen und Polizisten sowie 400 Angehörige von Infanteriekompanien; der Rest bestehe u.a. aus Leitung und medizinischem Personal.

## **Indien**

### **Proteste gegen neues Rekrutierungsmodell für das Militär**

In den vergangenen Wochen protestierten junge Menschen gegen das reformierte Rekrutierungsmodell für das Militär. Dieses sieht bei der Neuaufnahme einen zunächst auf vier Jahre befristeten Vertrag vor. Laut offizieller Begründung soll die Pensionslast abgebaut, das Militär verjüngt und langfristig mehr Geld für moderne Ausrüstung und Waffen verfügbar gemacht werden. In mehreren Bundesstaaten hatten Demonstrierende Züge in Brand gesetzt und Steine auf Sicherheitskräfte geworfen. Mindestens ein Mensch kam ums Leben, Hunderte Protestteilnehmende wurden festgenommen. Auffallend war das hohe Gewaltpotenzial.

## **Irak**

### **Türkische Militärbasis Zilkan attackiert**

Am 24.06.22 gingen mindestens zwei Raketen in der Nähe der Zilkan-Basis der türkischen Streitkräfte in Ninive nieder. Es gab keine Verletzten. Die Basis ist regelmäßig das Ziel vergleichbarer Angriffe; bisher hat sich aber keine Gruppe zu einem der Anschläge bekannt.

### **Angriffe auf das Khor Mor Gasfeld**

Vom 22.06. bis zum 25.06.22 kam es zu insgesamt drei Raketenangriffen auf das Khor Mor Gasfeld in der Region Sulaimaniyya in der Autonomen Region Kurdistan (KRG). Die Betreiberfirma unterbrach vorerst die Arbeiten am Ausbau des Gasfeldes. Keine Gruppe hat sich bisher zu dem Anschlag bekannt.

### **Repatriierungen**

Am 21.06.22 gab die Verwaltung der Region Ninive bekannt, dass in der ersten Juliwoche weitere 150 irakische Familien, insgesamt etwa 600 Personen, aus dem al-Hol-Camp in Syrien repatriiert werden sollen. Diese werden zunächst in das Lager Jada-1 überführt, das mit dem IS assoziierten Irakern eine stufenweise Rückkehr ins zivile Leben erlauben soll. Zugleich wurde bekannt gegeben, dass 89 Familien aus dem Camp entlassen werden.

## **Iran**

### **Hinrichtung eines kurdischen Aktivisten**

Auslandsmedien berichten unter Berufung auf kurdische Menschenrechtsnetzwerke von der Hinrichtung eines inhaftierten kurdischen Aktivisten am 20.06.22 im Zentralgefängnis von Urumiyeh (Provinz West-Aserbaidschan). Das kurdische Menschenrechtsportal Hengaw kritisierte, dass bereits im Vorfeld die Mindeststandards für ein faires Gerichtsverfahren nicht eingehalten worden seien. Demnach hätten Sicherheitsbehörden verhindert, dass der Fall an den Obersten Gerichtshof zur Überprüfung verwiesen werden konnte. Ursprünglich wurde der Mann wegen Feindschaft gegen Gott (Pers. moharebeh) aufgrund seiner Mitgliedschaft in einer kurdischen Oppositionspartei angeklagt. Nach 32 Monaten in Haft wurde er im Februar 2022 von dem Revolutionsgericht in Urumiyeh zum Tode verurteilt. Die Hinrichtung sei ohne vorherige Benachrichtigung seiner Familie erfolgt.

### **Verhaftungen von Jugendlichen in Shiraz**

Medienberichten zufolge wurden am 23.06.22 in Shiraz (Provinz Fars) zehn Jugendliche im Rahmen einer Versammlung in Anlehnung an ein internationales Skateboard-Event festgenommen, weil hierbei religiöse Vorschriften missachtet worden seien. In sozialen Medien kursierten Videoaufnahmen, die mehrere Jugendliche bei der Versammlung auf einem zentralen Boulevard der Stadt zeigen. Darunter Mädchen die überwiegend keinen obligatorischen Hijab tragen. Unter Berufung auf den Bürgermeister von Shiraz habe es sich laut Berichten bei den festgenommenen Personen um Organisierende der Veranstaltung gehandelt. Fünf beteiligte Personen seien laut dem örtlichen Staatsanwalt bereits wieder freigelassen worden. Weitere lediglich teilnehmende Personen seien demnach nicht verhaftet worden.

### **Haftbedingungen für inhaftierte Kurdinnen**

Auslandsmedien und Menschenrechtsorganisationen kritisieren die Haftbedingungen für inhaftierte Kurdinnen. So soll eine seit Oktober 2021 trotz Schwangerschaft und damit verbundener gesundheitlicher Probleme inhaftierte Frau weiterhin in Haft geblieben sein. Dabei sei ihr im Gefängnis die nötige medizinische Betreuung vorenthalten worden. Das Gericht in Mahabad (Provinz West Aserbaidschan) habe sich zudem geweigert, einer Freilassung gegen Kautionsleistung zuzustimmen. Nun sei die Gefangene nur zwei Tage nach der Geburt ihres Kindes per Kaiserschnitt gemeinsam mit dem Neugeborenen ins Zentralgefängnis von Urumiyeh zurückverlegt worden. Vor der Geburt hätten die Gefängnisbeamten die Schwangere ans Bett gefesselt, worauf es im Krankenhaus zu Protesten des medizinischen Personals gekommen sei. Die junge Frau befände sich seit ihrer Festnahme in vorübergehender Haft. Die Gründe für die Inhaftierung seien ihr nicht mitgeteilt worden.

Weiterhin wird über den Fall einer zu fünf Jahren Haft verurteilten kurdischen Zivilaktivistin berichtet, die ihre Strafe in einer Besserungs- und Umerziehungseinrichtung in Sanandaj (Provinz Kurdistan) verbüßt. Nun habe die örtliche Geheimdienstvertretung das Personal der Umerziehungseinrichtung angewiesen, der Inhaftierten den zwecks medizinischer Behandlung beantragten Hafturlaub zu verweigern. Die junge Frau war Mitte September 2019 vom Revolutionsgericht in Sanandaj wegen Gründung einer Gruppierung mit dem Ziel der Beeinträchtigung der nationalen Sicherheit zu zehn Jahren Gefängnis verurteilt worden. Die Haftstrafe wurde später in einem Berufungsverfahren auf fünf Jahre reduziert.

## **Jemen**

### **Mutmaßliche al-Qaida-Angriffe**

Bei einem Angriff auf einen Konvoi der Anti-Houthi-Koalition im Gouvernement Abyan sind am 22.06.22 mindestens drei Soldaten der Koalition ums Leben gekommen. Bei einem anderen Angriff am selben Tag auf einen Kontrollpunkt im Gouvernement Shabwa sind weitere fünf Soldaten der Koalition getötet worden. Bislang hat sich keine Gruppierung zu den Anschlägen bekannt, die jemenitischen Behörden vermuten jedoch al-Qaida auf der Arabischen Halbinsel (AQAP) hinter den Angriffen.

## **Kamerun**

### **Angriff von Boko Haram: ein Aktivist getötet, zwei Soldaten verletzt**

Nach Angaben eines Armeesprechers wurden bei Zusammenstößen im Hohen Norden in der Ortschaft Kiliari in der Nacht auf 25.06.22 ein Boko-Haram Kämpfer getötet und zwei Soldaten verletzt. Schwer bewaffnete Militante der Terrorgruppe versuchten den Ort anzugreifen. Sie wurden jedoch von Truppen zurückgeschlagen.

### **Regierung entsendet Truppen zum Schutz**

Die Regierung entsendet Hunderte von Truppen entlang der Grenze zu Nigeria, nachdem Angriffe von Boko-Haram-Kämpfern in den letzten zwei Monaten mehr als 40.000 Dorfbewohner gezwungen hatten, aus dem Gebiet zu fliehen. Nach Angaben des Militärs, haben Übergriffe von Boko Haram in Mayo Tsanaga, einer Verwaltungseinheit an der Nordgrenze zu Nigeria, seit April 2022 drastisch zugenommen.

## **Kuba**

### **Vermehrte Migration in die USA**

Nach Angaben der US-Zoll- und Grenzschutzbehörde sind zwischen Oktober 2021 und Mai 2022 mehr als 140.000 Personen aus Kuba in die USA eingereist. Damit wurde die Mariel-Bootskrise von 1980, als zwischen April und Oktober mehr als 125.000 kubanische Personen die Insel über die Meerenge nach Florida verließen, übertroffen. Migrierende reisen seit November 2021, als die Regierung von Daniel Ortega die visafreie Einreise von Kuba nach Nicaragua erlaubte, verstärkt über die Landbrücke in die USA ein. Der steigende Migrationsdruck ist auf die anhaltende Wirtschaftskrise zurückzuführen, die durch die Corona-Pandemie, den Einbruch des wichtigen Tourismussektors sowie durch die Bestehenden US-Sanktionen verstärkt wurde.

## **Libanon**

### **Wirtschaftslage**

Am 22.06.22 stellten mehrere Bäckereien v.a. in Sidon ihre Produktion aufgrund von Mehlmangel ein. Bereits in den Monaten zuvor war Mehl rationiert und für die Herstellung von Brot zweckgebunden worden. Der Brotpreis wird grundsätzlich im Libanon staatlich kontrolliert und war wiederholt erhöht worden, teilweise durch direkte Preiserhöhungen, teilweise durch Verkleinerung der Portionsgrößen. In der Folge stiegen die Schwarzmarktpreise für Brot, einzelne Packungen wurden teilweise zum fast doppelten Preis gehandelt. Am 23.06.22 sorgte der Strommangel für einen weitgehenden Ausfall der Wasserversorgung in Teilen Beiruts und Berg Libanons. Vor einem Ausfall großer Teile der Wasserversorgungsinfrastruktur durch mangelnde Wartung, Überalterung, Überbeanspruchung und regelmäßige Stromausfälle wird seit Jahren von Experten gewarnt.

### **LGBTIQ-Rechte**

Am 26.06.22 gab der kommissarische Innenminister Bassam Mawlawi bekannt, dass er die Sicherheitskräfte angewiesen habe, künftig Versammlungen der LGBTIQ-Community aufzulösen. Dies erfolgte auf öffentlichen Druck religiöser Autoritäten. Im Libanon ist der Umgang mit LGBTIQ zwar grundsätzlich liberaler als im regionalen Umfeld, Übergriffe der Sicherheitskräfte sind dennoch nicht selten und die rechtliche Bewertung insbesondere von

Homosexualität ist aufgrund nicht einheitlicher Rechtsprechung und eines unklaren Gesetzestextes nicht gesichert. Die Entscheidung zog innerhalb des Libanon erhebliche Kritik nach sich.

## **Malediven**

### **Angriff auf Yoga-Veranstaltung in Malé**

Protestierende stürmten am 21.06.22 in der Hauptstadt Malé ein Stadion, in dem sich über 150 Menschen anlässlich des Internationalen Tags des Yoga versammelt hatten. Die Veranstaltung wurde u.a. von der indischen Botschaft im Land organisiert. Die Angreifenden sollen Flaggen mit religiösen Symbolen geschwenkt und kritisiert haben, dass Yoga gegen die Lehren des Islam verstoße. Polizeikräfte drängten sie u.a. mit Tränengas und Pfefferspray zurück. Sechs Personen wurden festgenommen. Polizeiangaben zufolge konnten die Gegenstände der Angreifenden (u.a. Flaggen) der oppositionellen Progressive Party of the Maldives (PPM) zugeordnet werden. Vorsitzender der Partei ist der frühere Präsident Abdulla Yameen, der Berichten zufolge derzeit eine „India Out“-Kampagne im Land anführt. Der Islam sunnitischer Ausprägung ist Staatsreligion in dem Inselstaat.

## **Mali**

### **Massaker an 132 Zivilpersonen**

Laut einer am 20.06.22 von der Regierung von Bamako veröffentlichten Pressemitteilung wurden in der Nacht vom 18.06. auf den 19.06.22 in den Dörfern Diallassagou, Dianweli und Deguessagou im Kreis Bankass in Zentralmali 132 Zivilpersonen von Katiba-Macina-Kämpfern getötet. Die mit al-Qaida verbundene Katiba Macina bestritt dies in einer Pressemitteilung, die am 24.06.22 von der amerikanischen Nichtregierungsorganisation SITE, die auf die Überwachung radikaler Gruppen spezialisiert ist, authentifiziert wurde. Die malische Armee erklärte am 23.06.22, sie habe nach dem Massaker Luftangriffe gegen Macina-Katiba-Dschihadisten durchgeführt und gab am 24.06.22 bekannt, dass mehr als 60 mutmaßliche Terroristen getötet wurden. Die Militärbehörden entsandten nach dem Massaker eine Delegation in die betroffenen Gebiete. Am 21.06.22 eskortierte Minusma (United Nations Multidimensional Integrated Mission for the Stabilization of Mali) malische Militär- und Verwaltungsbeamte in die Dörfer, um das Ausmaß der Schäden zu begutachten und die Verwundeten zu evakuieren.

## **Myanmar**

### **Sicherheitslage**

Zwischen dem 09.06. und 24.06.22 kam es in den Bundesstaaten Chin, Kayah und Shan und in den Regionen Magway, Mandalay und Sagaing zu Zusammenstößen zwischen der myanmarischen Armee (Tatmadaw) und bewaffneten Widerstandsgruppen (People's Defence Forces, PDF) oder ethnischen Armeen. Dabei starben mindestens 41 Zivilpersonen, darunter vier Kinder, und 24 PDF-Mitglieder. Zudem sollen bei Kämpfen und Guerillaangriffen rd. 150 Militär- und Polizeiangehörige getötet worden sein. Wieder brannten Junta-Truppen in Kayah, Magway und Sagaing hunderte Wohnhäuser nieder, darunter eine Klinik und eine katholische Kirche. Widerstandskämpferinnen und -kämpfer verübten in Naypyidaw, Rakhine, Shan und Yangon Anschläge auf Einrichtungen und Personal der Junta und töteten zwei Verwaltungsangestellte. Bei der Durchführung der Attentate kamen auch zwei PDF-Mitglieder ums Leben. Infolge von Auseinandersetzungen mit dem Personal in Gefängnissen in Kayin und Mandalay starben am 05.06. und 06.06.22 insgesamt vier politische Gefangene durch Folter und Erschießen.

### **Gefängnishaft für Ex-Regierungschefin Aung San Suu Kyi**

Am 22.06.22 wurde die durch den Militärputsch am 01.02.21 entmachtete De-facto-Regierungschefin Aung San Suu Kyi in ein Gefängnis in der Hauptstadt Naypyidaw verbracht. Ihre Verurteilung erfolgte bereits im Mai 2022 (vgl. BN v. 09.05.22). Aktuell beläuft sich ihre Haftstrafe auf elf Jahre. Sollte sie in den noch ausstehenden 19 Anklagepunkten ebenfalls schuldig gesprochen werden, könnte ihr eine Gesamtfreiheitsstrafe von bis zu über 190 Jahren drohen. Menschenrechtsorganisationen sprechen von einem Schauprozess. Die im Jahr 2020 aufgrund der



Pandemie ausgesetzten Gefängnisbesuche des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz (IKRK) und von Familien von Inhaftierten bleiben nach Aussagen der myanmarischen Strafvollzugsbehörde weiterhin untersagt.

## **Nigeria**

### **Tote bei Angriff auf Kirchen im Bundesstaat Kaduna**

Zahlreiche bewaffnete Unbekannte sind am 19.06.22 mit Motorrädern in mehrere Dörfer im Bundesstaat Kaduna eingedrungen. Das geht aus Medienberichten hervor, die sich auf Behördenangaben berufen. Die Angreifer hätten geplündert und außerdem zwei Kirchen in der Ortschaft Rabu in der Local Government Area (LGA) Kajuru attackiert. Dabei seien mindestens drei Personen ums Leben gekommen und Dutzende entführt worden. Meldungen zufolge wurden kurze Zeit später hohe Lösegeldforderungen bekannt. Erst am 05.06.22 waren beim Überfall auf eine Kirche im südwestlichen Bundesstaat Ondo 40 Menschen getötet worden (vgl. BN v. 13.06.22).

### **Nordwesten: Entführte Hochzeitsgäste wieder frei**

Laut Medienberichten vom 24.06.22 sind 29 Personen, die am 11.06.22 im Bundesstaat Zamfara auf dem Heimweg von einer Hochzeitsfeier von unbekanntem Kriminellen entführt worden waren (vgl. BN v. 20.06.22), wieder auf freiem Fuß. Eine Geisel habe die Gefangenschaft nicht überlebt. Vor der Freilassung sei eine hohe Lösegeldsumme an die Entführer gezahlt worden. Hierzu liegen jedoch keine offiziellen Äußerungen seitens nigerianischer Behörden vor. In nordwestlichen Bundesstaaten und einem Teil von Nord-Zentral-Nigeria kamen Entführungen von Reisenden in jüngerer Zeit häufiger vor (vgl. BN v. 20.09.21, 29.11.21, 04.04.22 u. 23.05.22).

### **Südosten: Politiker enthauptet**

Laut Polizeiangaben vom 22.06.22 ist im Bundesstaat Anambra die enthauptete Leiche des Geschäftsmannes und ehemaligen Abgeordneten Nelson Achukwu aufgefunden worden. Dieser war knapp zwei Wochen zuvor von Unbekannten entführt worden. Der Vorfall ist einer von mehreren grausamen Tötungsdelikten in Nigerias Südosten in jüngerer Zeit. Ebenfalls im Bundesstaat Anambra war erst im Mai 2022 der prominente Politiker Okechukwu Okoye enthauptet worden. Auch die Ermordung der Verlobten Gloria Matthew und Linus Musa Audu, beide Angehörige der nigerianischen Armee, im Bundesstaat Imo Ende April 2022 hatte landesweit für große mediale Aufmerksamkeit gesorgt. Anhänger der Unabhängigkeitsbewegung Indigenous People of Biafra (IPOB) bzw. Mitglieder von deren bewaffnetem Flügel Eastern Security Network (ESN) werden von staatlichen Stellen mit Gewalttaten dieser Art in Verbindung gebracht. IPOB und ESN haben jede Verantwortung wiederholt bestritten.

## **Pakistan**

### **Mitglieder einer Jugendorganisation in Nord-Waziristan getötet**

In der vergangenen Woche wurden vier junge Männer bei Haidar Khel im entlang der afghanischen Grenze gelegenen Nord-Waziristan erschossen. Zur Tat bekannte sich niemand. Die Opfer waren Mitglieder der dort ansässigen Jugendorganisation Youth of Waziristan (YOW), die den pakistanischen Sicherheitskräften und bewaffneten Gruppen in diesem Gebiet Menschenrechtsverletzungen vorwirft. Im August 2021 war ihr ehemaliger Anführer, Noor Islam Dawar, der auch für das Pashtun Tahafuz Movement (PTM) aktiv war, ebenfalls von Unbekannten getötet worden.

## **Palästinensische Autonomiegebiete / Israel**

### **Westjordanland: Siedler ersticht Palästinenser, Minderjähriger durch Militär erschossen**

Am 21.06.22 tötete Medienberichten zufolge ein jüdischer Siedler einen Palästinenser, als dieser und einige weitere palästinensische Personen eine Gruppe von Bewohnerinnen und Bewohnern einer jüdischen Siedlung von ihrem Land nahe der Siedlung Ariel im Norden des Westjordanlandes verweisen wollten. Am Tag darauf verhafteten israelische Behörden eine der Tat verdächtige Person.

Nach Angaben der palästinensischen wie auch israelischen Behörden wurde am 25.06.22 ein minderjähriger Palästinenser nahe der Stadt Ramallah durch das israelische Militär erschossen. Dem Militär zufolge sei auf mehrere

Personen geschossen worden, die trotz Unterlassungsaufforderungen Steine auf eine Hauptverkehrsstraße geworfen hätten.

### **Gazastreifen: Hamas lässt Häuser gewaltsam räumen und zerstören**

Am 09.06.22 ließ Hamas Häuser in der von Beduininnen und Beduinen bewohnten Ortschaft Umm al-Nasr im Norden des Gazastreifens Medienberichten zufolge gewaltsam räumen und die Häuser zerstören. Als Begründung für die Räumungen wurde angegeben, dass die Bewohnerinnen und Bewohner in selbstgebauten Häusern auf Land lebten, dass ihnen nicht gehörte. Den Behörden der Hamas wurde vorgeworfen, ohne Vorwarnung vorgegangen zu sein sowie exzessive Gewalt genutzt zu haben. Mehrere Personen seien verhaftet sowie mindestens sieben Personen verwundet worden. Ein Nachrichtenportal mit Fokus auf die mehrheitlich arabischsprachige Welt und Sitz in Großbritannien berichtete von der Vertreibung von insgesamt 40 Familien.

## **Senegal**

### **Oppositionelle in Haft, Aufruf zu weiteren Demonstrationen**

Die senegalesische Justiz hält zwei Abgeordnete der Opposition und neun weitere Personen in Haft, weil sie am 17.06.22 in Dakar gegen das Demonstrationsverbot verstoßen haben. Der Aufruf hierzu erfolgte von der Oppositionskoalition Yewwi Askan Wi (YAW), deren Liste für die Parlamentswahlen am 31. 07.22 für ungültig erklärt wurde. Das Gericht von Dakar vertagte den Prozess gegen die Abgeordneten Déthié Fall und Mame Diarra Fame sowie neun weitere Angeklagte auf den 27.06.22. Der Richter erklärte, er wolle ihre Akten an diesem Tag mit denen von 75 anderen Personen zusammenführen, die im Zusammenhang mit der verbotenen Demonstration vom 17.06.22 vor Gericht gestellt wurden. Die Spannungen im Senegal nehmen zu, seit der Verfassungsrat am 03.06.22 die Ungültigkeitserklärung der nationalen Liste der Koalition YAW bestätigte. Dadurch sind Ousmane Sonko, Dritter bei den Präsidentschaftswahlen 2019 und erklärter Kandidat für die Präsidentschaftswahlen 2024, und andere Oppositionspolitiker von einer Kandidatur ausgeschlossen. Die Opposition fordert die Wiedereinsetzung der Liste und droht, die Durchführung der Wahlen zu verhindern.

Bereits am 20.06.22 forderte Ousmane Sonko die Bevölkerung zu einer erneuten Demonstration am 29.06.22 sowie zu täglichen „Topfkonzerten“ ab 22.06.22 jeweils um 20 Uhr, als Form des Volksprotestes auf. An der Cheikh Anta Diop Universität, in der Innenstadt und in mehreren Wohngebieten Dakars gingen daraufhin Einwohner jeden Alters am 22.06.22 Punkt 20 Uhr auf die Straße oder auf ihren Balkon und klopfen auf Küchenutensilien, um eine „Botschaft der Unzufriedenheit an Macky Sall zu senden“, stellten AFP-Journalisten fest.

## **Sri Lanka**

### **Kabinett billigt Verfassungsänderung**

Am 21.06.22 gab ein Parlamentssprecher die Entscheidung des Obersten Gerichtshofs über einen von der Oppositionspartei Samagi Jana Balawegaya (SJB) eingebrachten Vorschlag einer Verfassungsänderung bekannt, die die Macht des Präsidenten beschneiden soll – eine grundlegende Forderung der Protestbewegung im Land. Demnach sei für eine entsprechende Änderung eine Zweidrittelmehrheit im Parlament und die Zustimmung durch ein Referendum notwendig. Einen Tag zuvor billigte das Kabinett eine abgeschwächte Form der Änderung, bei der der Präsident erhebliche Befugnisse behalten würde. Der Vorschlag wird nun dem Parlament vorgelegt.

### **Premierminister meldet Zusammenbruch der Wirtschaft**

Premierminister Ranil Wickremesinghe verkündete am 22.06.22 vor dem Parlament den vollständigen Zusammenbruch der Wirtschaft. Das Land befindet sich in der schlimmsten Wirtschaftskrise seit der Unabhängigkeit, nachdem die Devisenreserven auf ein Rekordtief gesunken waren und grundlegende Importgüter wie Lebensmittel, Medikamente und Treibstoff im Land knapp werden. An Tankstellen warten Menschen Stunden bzw. tagelang auf Treibstoff und immer wieder gibt es dort Auseinandersetzungen mit Sicherheitskräften. Nach wie vor kommt es v.a. in Colombo zu Protesten gegen die Regierung von Präsident Gotabaya Rajapaksa. Vor wenigen Tagen warnten die UN vor einer humanitären Krise. Offiziellen Angaben zufolge könnten in den kommenden Monaten rd. fünf Mio. Menschen von Nahrungsmittelknappheit betroffen sein. Derzeit befinden sich Vertretende des Internationalen Währungsfonds (IWF) im Land, um über ein Rettungspaket zu beraten.

## Sudan

### **Anhaltende Demonstrationen und Streiks**

Zwischen 20.06. und 22.06.22 kam es u.a. in den Städten Khartum, Omdurman und Wadi Madani zu erneuten Demonstrationen gegen die militärische Übergangsregierung. Dem Zentralkomitee Sudanesischer Ärzte zufolge seien 13 Personen bei den Demonstrationen am 21.06.22 verletzt worden. Die Organisatoren der Proteste werben außerdem für landesweit koordinierte und großangelegte Demonstrationen am 30.06.22 unter dem Motto „Marsch der Millionen“.

Am 25.06.22 demonstrierten in Omdurman hunderte Frauen gegen die militärische Übergangsregierung, für ein Ende der Gewalt gegen protestierende Zivilpersonen und forderten zur Teilnahme an den für den 30.06.22 geplanten Protesten auf. Die Demonstration wurde von mehreren Gruppen wie Kandakat (Nubian Queens) oder Mothers of Martyrs organisiert. Bereits bei den Demonstrationen im Jahr 2019 spielten Frauen-Organisationen eine tragende Rolle.

Seit inzwischen fünf Tagen blockieren Angehörige einer Jugendorganisation des Kamelab-Stammes in der Stadt Heidoub, Bundesstaat Red Sea (auch: Al Bahr al-Ahmar), den Viehhafen. Auslöser war die Umsetzung verschiedener wirtschaftlicher Projekte wie die Errichtung einer Schnellstraße oder mehrerer Garnelenfarmen, wobei aus Sicht der Jugendorganisation soziale Projekte sowie Projekte für die zivile Infrastruktur nicht berücksichtigt worden seien. Die Jugendlichen forderten u.a. die Einführung von Elektrizität für die Bevölkerung, die Instandhaltung der Wasserversorgung sowie die Sanierung der bestehenden Gesundheitszentren.

In einigen Bundesstaaten kam es in den vergangenen Wochen immer wieder zu Streiks und Protesten aufgrund nicht erfolgter Gehaltsanpassungen sowie als Ausdruck gegen Gewalt und Rassismus. In West-Kordofan trat am 22.06.22 medizinisches Personal des Ministeriums für Gesundheit und Soziale Entwicklung in einen viertägigen Streik, um eine von der Regierung versprochene, aber bisher nicht umgesetzte, Umstrukturierung und Anpassung der Gehälter einzufordern. Auch Mitarbeitende des Ministeriums für Infrastruktur und Stadtentwicklung sind am 21.06.22 in einen dreitägigen Streik getreten, um die versprochenen Gehaltsanpassungen einzufordern. Ebenso kämpfen Lehrkräfte seit einigen Monaten um eine bereits versprochene Gehaltsanpassung. Zudem bestünden noch Gehaltsforderungen, die teilweise bis in das Jahr 2020 zurückreichen. Das Komitee der Lehrer im Sudan kündigte zudem an, sich an den geplanten Protesten am 30.06.22 zu beteiligen.

### **Anhaltend schwierige Sicherheitslage in Darfur**

Die Sicherheitslage in Darfur bleibt weiter angespannt. Nach den Kämpfen zwischen dem 06.06. und 11.06.22 in West Darfur (vgl. BN v. 20.06.22), kam es auch in Nord und Süd Darfur zu teils tödlichen Zwischenfällen. Am 19.06.22 sei demnach in der Region Abu Sikenkeina, Süd Darfur, ein Bauer in seinem Haus erschossen worden. Die Angreifer hätten zudem ein Pferd und ein Mobiltelefon gestohlen. Am 20.06.22 griffen zwei Männer einen Händler in Saraf Omra, Nord Darfur, kurz vor der Eröffnung des lokalen Marktes an, nachdem dieser ihnen die kostenlose Herausgabe von Lebensmitteln verweigert habe. Der Mann erlitt u.a. eine Schusswunde ins Bein. Zeitgleich seien in der gleichen Region 60 Kühe aus einem anderen Dorf gestohlen worden.

### **Humanitäre Lage spitzt sich zu**

Berichten zufolge verhungerten in den vergangenen drei Monaten 80 Menschen im Vertriebenenlager Foro Baranga, in West Darfur. Nationale und internationale Hilfsorganisationen hatten in der Vergangenheit immer wieder Schwierigkeiten, das Lager zu erreichen und zu versorgen. Zudem verfügen sie nicht über ausreichend Nahrungsmittel, um alle Menschen zu versorgen. Nach Angaben des Leiters des Lagers, seien die Menschen aufgrund des Mangels an Nahrungsmitteln und Medikamenten verstorben. Von den zuletzt rund 17.000 Menschen, die im Lager lebten, seien noch 12.564 dort. Die rd. 4.500 Menschen haben sich aufgrund der schlechten Versorgungslage auf den Weg in den Tschad gemacht.

## Südsudan

### **Verhaftung mehrerer Lehrkräfte im Bundesstaat Lakes**

Am 20.06.22 wurden Medienberichten zufolge mindestens zwölf Lehrkräfte im Bundesstaat Lakes inhaftiert, als sie ihrer Einschätzung nach zu geringe Gehaltszahlungen der Behörden ablehnten. Demnach seien die durch den

Bundesstaat Lakes ausgeführten Gehaltszahlungen um über 50 % geringer gewesen, als die zugesagte Gehaltserhöhung des nationalen Bildungsministeriums. Zudem seien die Gehälter in der Vergangenheit nur sehr unregelmäßig und teils gar nicht gezahlt worden.

Am 22.06.22 fanden sich 21 Lehrkräfte in der Regierungsverwaltung des Bundesstaates Lakes ein, um sich einerseits über den Verbleib der zwölf verhafteten Lehrkräfte zu erkundigen und ihrer Gehaltsforderung Nachdruck zu verleihen. Medienberichten zufolge wurden die Lehrkräfte vor dem Betreten des Verwaltungsgebäudes von Sicherheitskräften aufgehalten und verhaftet. Insgesamt seien einer lokalen NGO zufolge inzwischen 39 Lehrkräfte inhaftiert worden.

Weiteren Berichten zufolge seien am 24.06.22 33 Lehrkräfte aus der Haft entlassen worden. Mindestens fünf Personen seien jedoch weiterhin inhaftiert. Der Bildungsminister erklärte, dass ein Komitee mit der Bearbeitung der Gehaltserhöhung für Lehrkräfte betraut sei.

### **Angespannte Sicherheitslage**

Augenzeugenberichten zufolge, seien am vergangenen Wochenende Bauern aus dem Verwaltungsgebiet Ruweng mit Hilfe von Einheiten der Armee (SSPDF) Spuren von Viehdieben bis in den benachbarten Bundesstaat Unity gefolgt, nachdem am 10.06.22 Vieh von ihnen gestohlen worden sei. Nachdem sich die Kräfte der SSPDF auf dem Rückweg in ihre Kaserne zurückzogen, wurden die Viehbauern überfallen und elf Personen getötet. Die Regierung habe daraufhin erneut Streitkräfte in die Region entsandt. Die Lage bleibt unübersichtlich.

Nachdem am 24.06.22 im Dorf Lokiliri, in Juba County, bei einem Überfall neun Menschen getötet wurden, entsandte die Regierung des Bundesstaates Central Equatoria Sicherheitskräfte, um die Lage zu beruhigen. Nach offiziellen Angaben seien am 24.06.22 bewaffnete Viehhirten aus der Region Magiri nach Lokiliri gezogen und hätten Häuser niedergebrannt, Vieh gestohlen und drei Kinder entführt.

## **Syrien**

### **UNHCR: Wöchentlich ca. 800 Rückkehrende aus der Türkei**

Ein Vertreter des UN-Flüchtlingshilfswerks berichtete am 21.06.22 gegenüber einer internationalen Nachrichtenagentur, dass derzeit wöchentlich etwa 800 syrische Geflüchtete von der Türkei aus nach Syrien zurückkehren würden, obwohl die Bedingungen für eine große Zahl freiwilliger Rückkehrerinnen und Rückkehrer nicht geeignet seien. Die aktuell zurückkehrenden Personen wären zum größten Teil ledig und würden in die Gebiete Nordsyriens unter türkischer Besatzung gehen. Der UNHCR-Mitarbeiter fügte hinzu, dass die meisten Syrerinnen und Syrer in der Türkei nicht vorhätten, in absehbarer Zeit nach Syrien zurückzukehren. Die Türkei beherbergt derzeit etwa 3,7 Mio. syrische Geflüchtete.

### **Raqqa: 13 Tote bei IS-Angriff auf Verkehrsbus**

Der IS bekannte sich am 21.06.22 zu einem Anschlag vom Vortag auf einen zivilen Bus auf dem Weg nach Homs, bei dem 13 Personen getötet und drei weitere verletzt worden sein sollen. Die Angreifer sollen mit Schnellfeuergewehren geschossen haben. Einer Stellungnahme der syrischen Armee zufolge waren elf der getöteten Personen Soldaten.

### **Hamas nimmt Beziehungen zu Syrien wieder auf**

Zwei Vertreter der radikalislamischen palästinensischen Bewegung bestätigten gegenüber einer internationalen Nachrichtenagentur, dass die Hamas ihre Beziehungen zu Syrien wiederaufgenommen hat, nachdem sie während der gewaltsamen Niederschlagung der Proteste in Syrien mit Staatspräsident Assad gebrochen hatte.

### **Internationaler Flughafen in Damaskus wieder in Betrieb**

Nach einer vollständigen Aussetzung des Flugbetriebs in Folge eines israelischen Luftschlages am 10.06.22 (vgl. BN v. 13.06.22) konnte der Flugverkehr von und nach Damaskus am 23.06.22 wieder freigegeben werden.

## **Türkei**

### **Aufhebung der parlamentarischen Immunität von neun Abgeordneten**

Am 21.06.22 wurden Präsidentialanträge zur Aufhebung der parlamentarischen Immunität von neun Abgeordneten, darunter acht HDP-Abgeordnete und ein unabhängiger Abgeordneter, dem Präsidium der Großen Nationalversammlung vorgelegt. Unter den HDP-Abgeordneten befinden sich Dilşat Canbaz Kaya, Remziye Tosun, Dersim Dağ, Ayşe Fahrer, Ayşe Acar Başaran, Şevin Coşkun, Nuran İmir und Gülüştan Kılıç Koçyiğit. Bei dem unabhängigen Abgeordneten handelt es sich um Mensur Işık.

### **Verhaftungen von Menschenrechtsaktivisten und -aktivistinnen**

Am 25.06.22 löste die Bereitschaftspolizei in Istanbul eine Mahnwache von Menschenrechtsverteidigenden auf, die für Opfer des gewaltsamen Verschwindenlassens in der Türkei während der 1980er und 1990er Jahre demonstrierten und nahm mehrere Personen vorübergehend fest. Unter den festgenommenen Personen befanden sich auch der Vorsitzende der Human Rights Association, Öztürk Türkdoğan, die Menschenrechtsanwältin Eren Keskin und Mitglieder der „Saturday Mothers“, einer Gruppe von Angehörigen der Opfer, die die Aufklärung der Umstände des Verschwindenlassens und eine angemessene strafrechtliche Verfolgung der Täter fordern. Die Mahnwache fand zum 900. Mal auf dem Galatasaray-Platz in Istanbul statt.

### **Verhaftungen bei Pride-Parade**

Am 26.06.22 wurden bis zu 200 Teilnehmende der Pride-Parade in Istanbul festgenommen, darunter auch Journalisten und Journalistinnen. Wie bereits in den vergangenen Jahren, hatten Behörden die Parade im Vorfeld untersagt und den Taksim-Platz durch die Polizei sperren lassen. Einsatzkräfte blockierten mehrere Straßen im nahe gelegenen Cihangir-Viertel. Auch die öffentlichen Verkehrsmittel in der Gegend wurden stillgelegt. Dennoch versammelten sich einige Hundert Personen im Umfeld des Viertels und des Taksim-Platzes. Medienberichten zufolge sollen bereits vor Beginn der Parade mehrere Personen willkürlich in Lokalen in der Umgebung festgenommen worden sein. Die Behörden im Bezirk Beyoglu hatten bereits alle weiteren Veranstaltungen der „Pride Week“ vom 20.06. bis 26.06.22 mit der Begründung untersagt, sie könnten aufgrund der Sensibilität der Gesellschaft zu öffentlichen Unruhen führen.

## **Ukraine**

### **Entwicklung der Lage**

Die Angriffe russischer Streitkräfte haben sich in den vergangenen Tagen vermehrt auch auf weit von der Kriegsfront entfernte Gebiete ausgeweitet. In den west- und zentralukrainischen Gebieten Schytomyr, Lwiw, Chmelnyzkyj, Riwne und Tscherkassy habe es am 25.06. und 26.06.22 laut Angaben der dortigen Behörden Explosionen und Raketeneinschläge gegeben. Bei einem Luftangriff auf ein Wohnviertel in der Hafenstadt Odessa am 27.06.22 wurden laut ukrainischen Angaben sechs Zivilpersonen verletzt; aus der Hauptstadt Kiew wurde am 26.06.22 nach Raketeneinschlägen in Wohngebäuden ein Todesfall und sechs verletzte Personen gemeldet. Nach der Eroberung der lange umkämpften Stadt Sjewjerodonezk in der Ostukraine konzentrieren sich laut Medienberichten die russischen Angriffsvorstöße nun auf die benachbarte Stadt Lyssytschansk. Laut Angaben der ukrainischen Militärverwaltung des Gebiets Luhansk versuche Russland die Stadt aus südlicher Richtung zu blockieren, es gebe großflächige Schäden an ziviler Infrastruktur. Bis einschließlich 24.06.22 wurden laut UN-Angaben 4.677 getötete und 5.829 verletzte Zivilpersonen im Zusammenhang mit dem Kriegsgeschehen dokumentiert. Präsident Selenskyj rief die Bevölkerung des Nachbarlandes Belarus auf, sich nicht in das Kriegsgeschehen hineinziehen zu lassen. Es gebe laut Informationen des ukrainischen Generalstabes eine anhaltende militärische Zusammenarbeit zwischen Belarus und Russland, etwa durch belarussische Munitionslieferungen an die russische Seite.

## **Vietnam**

### **Haftstrafe für ehemaligen Polizisten**

Ein ehemaliger Polizist wurde am 22.06.22 von einem Gericht in der Provinz Binh Thuan gem. Artikel 331 des Strafgesetzbuches (Missbrauch demokratischer Freiheiten) zu einer Haftstrafe von drei Jahren verurteilt. In auf Facebook veröffentlichten Videos hatte der Verurteilte einen ehemaligen Vorgesetzten der Korruption beschuldigt. Nach seiner anschließenden Entlassung im Juli 2020 soll er zudem über die sozialen Medien Kritik an Korruption und Fehlverhalten von Sicherheitsbehörden, insbesondere bei der Verkehrspolizei und im Strafvollzug geäußert haben. Bereits im Januar 2022 erhielt er eine zweijährige Haftstrafe wegen Widerstands gegen Staatsbedienstete. Er wurde im April 2021 verhaftet.

Gruppe 62 - Informationszentrum Asyl und Migration  
Briefing Notes  
**BN-Redaktion@bamf.bund.de**